

Antrag

AfA-Landeskonferenz 24. September 2022, Leipzig

Initiator*innen:

**Titel: Arbeitsprogramm der AfA Sachsen 2022 bis
2024**

Antragstext

1 Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die
2 Arbeitslosenzahlen haben abgenommen. Verglichen mit den Ergebnissen des DGB
3 Index Gute Arbeit hat die Arbeitszufriedenheit in Sachsen insgesamt zugenommen.
4 Möglichkeiten von Home-Office sind für einen Teil der Beschäftigten gestiegen.
5 Gleichzeitig gibt es eine Reihe von großen Baustellen. Die Löhne sind trotz
6 Anstiegs bundesweit zusammen mit den anderen ostdeutschen Bundesländern im
7 bundesweiten Vergleich am geringsten. 2021 lag das durchschnittliche
8 Monatseinkommen in Sachsen bei 3711 Euro (Vergleich Platz 1. Hamburg: 5209€).
9 Laut DGB Index Gute Arbeit sind die körperlichen Anforderungen und insbesondere
10 die Arbeitsintensität sowie Stress im bundesweiten Vergleich besonders hoch.
11 Eklatant ist der Befund der betrieblichen Mitbestimmung. Nicht einmal 40 Prozent
12 der Beschäftigten in Sachsen arbeiten in einem tarifgebundenen Betrieb – so
13 wenige wie in keinem anderen Bundesland. Nicht nur, dass in Sachsen die
14 Kolleg:innen so selten wie in keinem anderen Bundesland von tariflichen
15 Arbeitsbedingungen profitieren, sie werden auch seltener von Betriebsräten
16 vertreten. Mitbestimmungsfeindliches Verhalten von Seiten der Arbeitgeber:innen
17 zeigt sich darin, dass jede dritte Betriebsratswahl behindert wird. Bundesweit
18 ist es jede sechste.

19 Es gibt noch viel zu tun. An den Missständen wollen wir die nächsten zwei Jahre
20 ansetzen und folgendes schwerpunktmäßig tun:

21 Tarifbindung:

22 Die AfA Sachsen unterstützt alle Initiativen der DGB-Gewerkschaften und der SPD,
23 die zur Erhöhung der Tarifbindung in Sachsen beitragen

24
25 Arbeitszeit: Der Kampf um Zeit nimmt seit einigen Jahren in Arbeitskämpfen und
26 der öffentlichen Wahrnehmung an Fahrt auf. Jungen Menschen ist mehr Freizeit
27 wichtiger denn je. Die IG Metall hat zum Beispiel für die Mehrheit ihrer
28 Mitglieder die Angleichung an den Westen mit der Absenkung der Arbeitszeit auf
29 35 Stunden erzielt. Der Kampf um Zeit bleibt bestehen. Wir wollen uns u.a. mit
30 Lebensarbeitszeitkonten auseinandersetzen. Welche Modelle gibt es? Was sind Vor-
31 und Nachteile? Wie könnten staatliche Modelle gestaltet sein? Wie ist es in
32 anderen Ländern (Flexi II Gesetz)?

33 Dazu werden wir mit Expert:innen ins Gespräch kommen und Gewerkschaften aktiv im
34 Arbeitskampf unterstützen.

35 Bildungszeit: Als einziges Bundesland neben Bayern existiert in Sachsen kein
36 Anspruch auf Bildungszeit. Es reicht nicht aus, dass im Koalitionsvertrag der
37 sächsischen Staatsregierung steht, dass die Durchsetzung von Bildungszeit
38 geprüft wird. Fünf Tage Bildungszeit müssen in dieser Legislatur gesetzlich
39 verankert werden. Warum? Die aktuellen Herausforderungen wie Energiekrise,
40 Transformation, Vertrauensverlust in demokratische Institutionen usw. erfordern
41 mündige und jenseits der betrieblichen Weiterbildung geschulte Kolleg:innen in
42 den Betrieben. Wir unterstützen den DGB Sachsen beim Volksantrag, um die
43 Bildungszeit mit vielen Unterschriften untersetzt, zu einem gewichtigen Thema
44 der sächsischen Regierung zu machen.

45 Arbeitsschutz: Beschäftigte müssen vor gesundheitlichen, physischen oder
46 psychischen Belastungen bzw. Krankheiten geschützt werden. Die Anforderungen in
47 der Arbeitswelt nehmen stetig zu. Die im Koalitionsvertrag hinterlegte Aussage,
48 der Arbeitsschutz müsse in der Prävention und Beratung gestärkt werden, ist sehr
49 unkonkret. Wir wollen uns des Themas annehmen und in den Dialog treten u.a. mit
50 der, für Arbeitsschutz zuständigen, Landesdirektion Sachsen. Reicht die aktuelle
51 Personalausstattung aus, um regelmäßig Betriebsbesuche durchzuführen? Werden
52 Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften geahndet und wenn ja, wie? Wie bewerten
53 die betrieblichen Kolleg:innen den Arbeitsschutz im Unternehmen und welche
54 gesetzlichen Regelungen müssen verbessert werden?

55 Betriebsrät:innen schützen und stärken: Dass betriebliche Mitbestimmung zu guten
56 Arbeitsbedingungen führt, steht außer Frage. Umso gravierender sind deshalb
57 zunehmende Versuche von Unternehmern, Mitglieder von Betriebsräten und
58 Initiatoren von Betriebsratswahlen in ihrer Arbeit be- und zu verhindern. Mit
59 dem Betriebsräte Modernisierungsgesetz hat Arbeitsminister Heil wichtige

60 Verbesserungen im Betriebsverfassungsgesetz vorgenommen. Das ist ein guter
61 Schritt, reicht uns aber nicht. Wir setzen uns für einen verbesserten Schutz von
62 Betriebsratsmitgliedern und aktiven Beschäftigten ein. Deshalb werden wir genau
63 darauf blicken, wie die neuen Regelungen umgesetzt werden und ob sie etwas
64 taugen bzw. an welchen Stellen nachgeschärft werden müssen. Eine von
65 Gewerkschaften lancierte Forderung ist die Erfassung von Be- und
66 Verhinderungsversuchen von Unternehmen gegen die Arbeit von Betriebsräten und
67 Initiatoren von BR-Gründungen. Wir fragen beim neu gegründeten Zentrum für
68 Fachkräftesicherung und Gute Arbeit nach Möglichkeiten der Erfassung von
69 Betriebsratsaktivitäten und dem Union Busting von Arbeitgebern.

70 Mitarbeiter:innenbeteiligungsmöglichkeiten: Mitarbeiterbeteiligung bezeichnet
71 ein über das traditionelle Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und
72 Arbeitnehmer hinausgehendes Rechtsverhältnis durch Partizipation.

73 Mitarbeitende, die am Unternehmen beteiligt sind, sind tendenziell zufriedener,
74 motivierter und loyaler. Sie haben das Gefühl, im „eigenen“ Unternehmen zu
75 arbeiten und von den Ergebnissen der eigenen Arbeit zu profitieren. Wichtig ist
76 eine sozial gerechte Möglichkeit der Partizipation zu entwickeln, so dass alle
77 profitieren. Relevant ist in diesem Kontext, dass Mitarbeiter:innen durch eine
78 Beteiligung nicht in „ausbeuterische“ Verhältnisse „genötigt“ bzw. „überredet“
79 werden. Das heißt: Ein ordentliches Grundgehalt ist eine Grundlegende
80 Voraussetzung. Ein ordentliches Mitarbeiter:innenbeteiligungsprogramm kann
81 darüber hinaus Teilhabe am Unternehmen ermöglichen und die Gewinne des
82 Unternehmers fairer auf die Arbeitnehmerschaft umverteilen.

83 Besonders junge Unternehmen, sowie Firmen mit starker Konkurrenz und
84 Fachkräftemangel versuchen über die Möglichkeiten der Beschäftigtenbeteiligung
85 Mitarbeitende langfristig zu binden. Aufgabe einer Sozialdemokratie ist es hier
86 aktiv zu sein und das Gespräch zu Arbeitnehmer:innen zu suchen, zu eruieren
87 welche Beteiligungen gewünscht sind und wie man diese sozial und fair gestalten
88 kann. Auch muss aufgeklärt werden, über die Möglichkeiten und rechtlichen Hürden
89 (z.B. Good-Leaver und Bad-Leaver-Klausel).

90 Steuer- & Sozialsystem fairer gestalten: Die größte Last sollten diejenigen
91 tragen, die am meisten haben. Doch dem ist nicht so. Ein Steuer- und
92 Sozialsystem das fair ist, gleicht stärker aus. Hierfür ist es wichtig die
93 Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungsbeiträge abzuschaffen oder
94 extrem hoch anzusetzen, sodass künftig alle mit gleichem Anteil dort beteiligt
95 sind. Um einem Run auf die privaten Krankenkassen vorzubeugen, müssen Lösungen
96 entwickelt werden.

97 Nur eine grundlegende Reform im Sozialversicherungssystem beugt vor, dass das

98 System immer ungerechter wird, da die Beiträge für die Renten-, Kranken- und
99 Pflegekassen deutlich steigen werden. Prozentual machen schon heute bei vielen
100 Beschäftigten (insb. mit kleinen Einkommen) die Sozialversicherungsabgaben
101 deutlich mehr aus, als die Steuerlast.

102 Zudem soll, aus Gerechtigkeitsaspekten, die Kapitalertragssteuer wie die
103 Lohnsteuer progressiv gestaltet werden und nicht pauschal bei 25 Prozent liegen.

104 Parteiarbeit: Wir wollen und werden neben den inhaltlichen Veranstaltungen und
105 der aktiven Unterstützung der Gewerkschaften im Streik auch in der Partei zu
106 Wort melden. Dazu haben wir für die Landeskonferenz Anträge vorbereitet, die in
107 die Partei wirken und zu SPD Partei Beschlüssen und hoffentlich auch politischem
108 Handeln im Sinne der Beschäftigten in werden.

109 Es muss in den Mandaten und Ämtern in unserer Partei noch sichtbarer werden,
110 dass wir die Partei der Arbeit sind. Das machen wir sichtbar, indem
111 Beschäftigtenvertreter:innen für die Sozialdemokratie in Parlamenten aller
112 Ebenen und natürlich in entscheidenden Parteiämtern aktiv sind. Hier gibt es
113 garantiert noch Potentiale.

114 Wir sind im Moment in Sachsen regional besonders stark in Leipzig vertreten.
115 Aber auch in der Region Dresden gibt es viele Aktive. Hier wollen wir
116 Genoss:innen dabei begleiten, eine neue regionale AfA Struktur zu etablieren.

117 Arbeit ist auch für viele Genoss:innen ein wichtiger Bereich in ihrem Leben. Wir
118 möchten mehr Genoss:innen in Sachsen dafür gewinnen, sich in der AfA Sachsen
119 aktiv zu beteiligen und eigene Projekte, wie z.B. Veranstaltungen,
120 Streikunterstützungen uvm in ihrem direkten Umfeld aufzubauen und umzusetzen.
121 Dies wollen wir erreichen, indem wir noch präsenter für die schon stattfindenden
122 AfA-Veranstaltungen in Sachsen werben sowie interessierte Genoss:innen
123 umfangreich informieren und wenn möglich direkt in die schon vorhandenen AfA
124 Sachsen-Projekte einbinden. Dafür wollen wir bei Bedarf Online-Sprechstunden für
125 Interessierte anbieten.

126 Öffentlichkeitsarbeit: In den letzten beiden Jahren wurde die Webpräsenz der AfA
127 Sachsen aufgebaut und es erfolgte auch regelmäßig Pressearbeit. Das gilt es noch
128 mehr auszubauen. Wir müssen außerdem auch in den sozialen Netzwerken präsenter
129 werden. Hier gibt es noch Potentiale. Diese Herausforderung wollen wir angehen.